

Zeitschrift: Badener Neujahrsblätter
Herausgeber: Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden
Band: 74 (1999)

Artikel: Baden: "La quadrature du cercle"?
Autor: Stähli, Olivier
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-324635>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Baden: «La quadrature du cercle»?

Olivier Stähli

Für gewöhnlich übt sich Baden in den ersten Jahren nach einer Badenfahrt – vor allem wenn sich eine neue in nicht fassbarer zeitlicher Entfernung befindet – eher in einer gewissen Zurückhaltung. Denn wie, wenn nicht mit dem Grossanlass Badenfahrt, könnten wir den Rest unseres Landes dazu bringen, Baden als «La grande Nation» der Schweiz zu begreifen? Badenerinnen und Badener (und vor allem «Bademerinnen» und «Bademer», wie sich jene mit Ortsbürgerrecht gerne nennen) sind nun von diesem schwierigen Unterfangen erlöst – die Fremden scheinen es begriffen zu haben:

Die Westschweizer Wirtschaftszeitung «Le quotidien suisse des affaires et de la finance» (L'AGEFI) aus Lausanne hat 100 Schweizer Städte in bezug auf ihre Prosperität, Dynamik, wirtschaftliche Vitalität und nicht zuletzt auf ihr kulturelles Angebot geprüft – und Baden zur Nummer 1 der Schweizer Städte erklärt. Hinter sich gelassen hat Baden alles, was weniger Rang als Namen hat: Davos, Locarno, Lugano, aber auch Zürich, Luzern, Genf, Basel – und natürlich auch Aarau.

Hoch rechnen die Westschweizer den Badenern an, dass sie in der Volksabstimmung vor fünf Jahren im Gegensatz zum Restkanton den EWR befürwortet haben. Besondere Beachtung findet in der von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Westschweiz auch die Meisterung der «BBC-Krise». 1988 niedergeschmettert durch die Fusion von BBC und Asea, habe Baden die wirtschaftliche Chance zu nutzen gewusst. 4000 verlorengegangene Arbeitsplätze seien mit der Schaffung von 5000 neuen überkompensiert worden.

Bürge wie Couchepin

Nach Ansicht von L'AGEFI kommt die Entwicklung der Stadt Baden der «Quadratur des Kreises» gleich. Als Urheber dieser Leistung sieht die Wirtschaftszeitung CVP-Stadtammann Josef Bürge und vergleicht diesen auch gleich mit dem mittlerweile zum Bundesrat avancierten Pascal Couchepin (FDP, früherer Stadtpräsident von Martigny). Bürge sei wie Couchepin ein «bâtitseur» (Erbauer).

Die Liste der von Bâtitseur Bürge vollbrachten Werke ist in L'AGEFI denn auch lang: In Bürges Amtszeit wurden Schulen gebaut, das CIM-Center errichtet, die HWV aufgezogen, die kommunalen Finanzen ins Lot gebracht, der Steuerfuss um zehn Prozent gesenkt, eine antizyklische Ausgabenpolitik betrieben, eine rigore Amtsführung durchgesetzt, neue Steuerzahler angezogen, das Investitionsvolumen erhöht und die kommunale Verschuldung reduziert.

Die Wirtschaftsjournalisten zeigen sich zudem von Bürges Prinzip «d'appliquer à la fonction publique les recettes de l'économie privée» oder zu deutsch «die Ausgaben den Einnahmen anpassen», der Abschaffung des Beamtenstatus sowie der frühzeitigen Präsenz der Stadtverwaltung im Internet beeindruckt. Ihr Urteil: «Baden – die dynamischste Stadt der Schweiz. Baden – ein Parcours erste Klasse!»

Baden – (s)eine lebensfrohe Stadt

Einen äusserst treffenden Kommentar zur Einschätzung von L'AGEFI lieferte in der Aargauer Zeitung Redaktor Oliver Knick: «Badens Stadtvater ist bekanntlich Josef Bürge. Und dieser bürgt für (s)eine lebensfrohe Stadt.» Wie kompromisslos er dies bisweilen tut, zeigte sich in der Budgetdebatte des Berichtsjahres bei der Diskussion um den Steuerfuss:

Das vom Stadtrat dem Einwohnerrat präsentierte Budget 1998 basierte auf einer ausgeglichenen Rechnung von rund 90 Millionen Franken bei einem Finanzierungsfehlbetrag von rund 4 Millionen Franken, welcher jedoch auf zusätzliche Abschreibungen von 6 Millionen Franken zurückzuführen war. Der Steuerfuss sollte wie seit langem bei 105 Prozent bleiben.

Der Investitionsplan zeigte auf, dass nach einigen Jahren der Investitionsbaisse eine Investitionshaussse kommen wird: Nach 8 Millionen Franken Investitionen 1997 soll 1999 und 2000 in Baden ein Investitionsumsatz von über 40 Millionen Franken erzielt werden, der anschliessend wieder auf rund 16 Millionen Franken sinken soll.

FDP forderte Senkung des Steuerfusses

Die FDP forderte vor diesem Hintergrund eine Senkung des Steuerfusses auf 102 Prozent. Sie argumentierte, dass die verzinsliche Nettoschuld auf unter 10 Millionen Franken gesunken sei, eine Neuverschuldung in etwas höherem Mass als vorgesehen in Kauf genommen werden könne und neu eingeführte Gebühren mit der Reduktion des Steuerfusses kompensiert werden könnten. Der Vorschlag fand jedoch schon in der Finanzkommission keine Mehrheit, die sich – wie ähnlich schon in Jahren zuvor – auf den Standpunkt stellte, dass die Frage einer Steuerfussenkung nicht jetzt umfassend beurteilt werden könne.

Stadtammann Bürge fand sich durch den Vorschlag der FDP offenbar massiv angegriffen: Lukas Voegele erklärte im Einwohnerrat im Namen der CVP-Fraktion gar, dass die Steuerfussfrage fast als Misstrauensvotum gegenüber der Exekutive gewertet werden müsse. Josef Bürge seinerseits sprach «von einer unmotivierten Steuersenkung» angesichts der kommenden Investitionen und sprach dem Antrag der FDP jegliche Logik ab.

CVP an der Seite der politischen Linken

Gegen den Vorschlag der FDP wehrte sich im Einwohnerrat eine breite Front, bestehend aus mehr oder weniger allen im Einwohnerrat vertretenen Parteien. Interessant sind die von CVP und SP gegen eine Steuerfussenkung eingebrachten Begründungen, die – gemessen an den sonstigen Bemühungen der jeweiligen Parteien – seltsam anmuten (oder auch tief blicken lassen):

Da argumentiert etwa Lukas Voegele für die CVP-Fraktion wie folgt: «Die Wirkung einer dreiprozentigen Steuerfussreduktion für den einzelnen Bürger ist marginal. Bei einem steuerbaren Einkommen von 50 000 Franken beträgt sie 61 Franken oder 0,12 Prozent des Einkommens ... Anders gesagt, die Vergünstigung für den einzelnen Bürger liegt in keinem Verhältnis zu den Gesamtleistungen des Gemeinwesens, welche bei einer Beibehaltung des Steuerfusses möglich sind.» Es muss schon erstaunen, dass eine sich gerne sozial und links gebende Badener CVP sich dazu verleiten lässt, den Wert von 61 Franken für eine Person oder Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 50 000 Franken zu beurteilen – und dies vor dem Hintergrund neu eingeführter Gebühren.

Auch die SP stört sich offenbar nicht daran, dass die Beibehaltung des Steuerfusses schliesslich einer Abgabenerhöhung für die Bevölkerung entspricht. Daniela Oehrli meinte etwa, dass angesichts der Zukunft der Stadt Baden der Steuerfuss beibehalten werden müsse, damit «wir dank der guten finanziellen Lage auch noch ein bisschen Spielraum haben für spezielle Ausgaben».

Voller Geldbeutel ...

Wir sind doch alles nur unvollkommene Menschen, welche bekanntlich durch einen vollen Geldbeutel nicht gerade zum sparsamen Umgang mit Geld animiert werden. Man leistet sich dann auch Ausgaben ausserhalb des Budgets – summiert unter «speziellen Ausgaben», wie sie die SP zu nennen beliebt.

FDP-Fraktionschef Peter Beyeler suchte den Vergleich mit der Ernährungswissenschaft, um seine Beurteilung dieser Situation zu illustrieren: «Es gibt genährte Personen, die haben gerade genug. Dann gibt es die überernährten Personen, die schon ein bisschen Fett angesetzt haben. Schliesslich gibt es die über-

ernährten Personen, die bereits krank sind. Die Stadt Baden ist in der Situation von gut genährt mit Tendenz zu überernährt.» Eine Einschränkung der Nahrungsaufnahme (Steuerfusssenkung) wäre also nicht nur möglich, sondern auch ein Schritt in die richtige Richtung.

Auf später vertröstet

1996, in der Budgetdiskussion für 1997, erklärte Josef Bürge zu einem ersten Antrag der FDP für eine Steuerfussenkung: «Wenn wir nachweisen können, dass auch mit tieferen Steuern die Finanzierung aller Investitionen sichergestellt ist, dann werden wir den Steuerfuss senken.» Ein Jahr später – in der aktuellen Budgetdiskussion erklärte Bürge dann: «Wenn heute der Steuerfuss auf 102 Prozent gesenkt würde, dann hätte dies nicht eine finanzielle Totalkatastrophe zur Folge ... Ich habe aber zuhänden des Stadtrates keine Gründe gehört, die eine Steuerfussenkung zu rechtfertigen vermögen. Es handelte sich nur um Vermutungen und Schätzungen und deshalb hält der Stadtrat am Steuerfuss von 105 Prozent fest.»

Dementsprechend sieht der in der zweiten Hälfte 1998 vom Stadtrat präsentierte «Finanzplan 1999 bis 2002» einen unveränderten Steuerfuss vor, was von der FDP mit dem Urteil «zu konservativ» kommentiert wurde. Dem Papier fehle das «Kreative und Visionäre», meinte Rolf Düggelin (FDP) und forderte den Stadtrat zur Überarbeitung – und wiederum zur «längst überfälligen Senkung des Steuerfusses» – auf. Die CVP wehrte sich gegen den Vorwurf mit Hinweis auf die anstehenden Investitionen und genehmigte zusammen mit der in dieser Sache schon fast traditionell verbündeten Linken den Finanzplan. Andreas Binder (CVP) vertröstete die Bevölkerung auf die kantonale Steuergesetzrevision, welche dem Bürger ohnehin eine Entlastung bringen werde.

Gespannt auf den Wahlkampf

In der Stadt Baden dürfte also – trotz vermutlich immer neuen Anträgen der FDP – der Steuerfuss in der nächsten Zeit unverändert bleiben. «Dafür» steht uns im kommenden Jahr ein interessanter Ständeratswahlkampf bevor, wenn Josef Bürge wieder gegen die Kandidatin oder den Kandidaten der FDP antritt. Denn die kantonale FDP wird es sich sicher nicht nehmen lassen, Josef Bürge mit dem unpopulären Vorwurf zu konfrontieren, er habe im vergangenen Jahr die Gesamtabgabenlast in der Stadt Baden ansteigen lassen. Zum einen mag es den Politiker Bürge ehren, dass er auf den bevorstehenden Wahlkampf keine Rücksicht nimmt, zum andern fehlt die zwingende Notwendigkeit für seinen Widerstand gegen eine Steuerfussenkung. Man darf gespannt sein, wie sich der «bâtisseur» im Wahlkampf auf kantonaler Ebene wehren wird!